

# ***Kreistag beschließt Resolution gegen Freihandelsabkommen***

Bereits im Juli 2014 hatten ÖDP und Grüne versucht, im Kreistag eine Resolution gegen die geplanten Freihandelsabkommen einzubringen. Damals stimmten CSU und SPD geschlossen für die Nichtbehandlung im Kreistag, da kommunale Belange von den Abkommen angeblich nicht tangiert würden. Einer im Dezember 2014 eingereichten Resolution der UWG erging es nicht besser. Dennoch entschloss sich unsere Fraktion im Oktober 2015, nochmals einen entsprechenden Resolutionsentwurf in den Kreistag einzubringen.

Schon im Oktober 2014 hatten sich der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Verband kommunaler Unternehmen e.V. in einem gemeinsamen Positionspapier ganz klar gegen die geplanten Freihandelsabkommen ausgesprochen, da durch diese die kommunale Daseinsvorsorge wie z.B. die Wasserversorgung, Müllentsorgung oder die Krankenhäuser massiv von privatwirtschaftlichen Interessen bedroht werden. Dies reichte CSU und SPD nicht aus.



Gemeinsam mit 250.000 anderen Menschen in Berlin gegen die Freihandelsabkommen:  
Hermann Nefian, die grüne Landtagsabgeordnete Verene Osygan, Kreis- und Gemeinderätin Ursula Pfäfflin Nefian, die neue grüne Kreisvorsitzende Ulrike Taukert und der grüne Bundestagsabgeordnete Uwe Kekeritz (von links)

Erst als sich immer mehr Kommunen im Landkreis, wie auch Gutenstetten, Münchsteinach, Gerhardshofen und Uffenheim sowie der Mittelfränkische Bezirkstag gegen die Abkommen aussprachen und im Oktober 2015 250.000 Menschen in Berlin gegen die Abkommen auf die Straße gingen, erfolgte bei den beiden größten Kreistagsfraktionen ein Umdenken. So reichte die CSU-Fraktion am Vortag der Kreistagssitzung eine eigene Resolution als Eilantrag ein, die sich auf eben das Gemeinsame Positionspapier der Kommunalen Spitzenverbände berief, welches sie noch vor einem Jahr abgelehnt hatte. Die SPD reagierte darauf mit einem eigenen Entwurf, den sie nur Minuten vor der Sitzung einreichte. Dankenswerterweise war Landrat Weiß sehr an einer gemeinsamen Resolution gelegen und er schlug eine Sitzungspause vor, in der sich alle Fraktionen schließlich auf eine gemeinsame Resolution einigten. Diese wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen!

Dies zeigt wieder einmal, dass ein langer Atem im demokratischen Kampf Erfolge erzielen kann. Aber nur, wenn die überwiegende Mehrheit der Europäer, die TTIP, CETA und TISA

ablehnen, auch weiterhin genügend Druck auf ihre Regierungen ausüben, kann der Ausverkauf unserer kommunalen Daseinsvorsorge und die ungezügelte Durchführung privater Machtinteressen gestoppt werden.

*Ursula Pfäfflin Nefian*